WAS WIR MEINEN, WENN WIR »ANTIAUTORITÄRER KOMMUNISMUS« SAGEN

Von der Gruppe **Redical M** im Juli 2026

Aufbau: I Warum dieser Text? II Short History III Staat oder Revolution IV Realsozialismus und Nation V Marx und Feminismus VI Negation oder Utopie? VII Subjektivierung und Organisierung

I Warum dieser Text?

Dieser Text soll in einigen Facetten darlegen, was wir meinen, wenn wir von uns selbst als antiautoritär-kommunistisch sprechen. Das geschieht in historischer, theoretischer sowie in praktischer Hinsicht. Um eines vorwegzunehmen: Dieser Versuch kann weder abschließend passieren (das liegt am Gegenstand selbst, aber dazu später mehr) noch lässt sich das an einem Attribut festmachen. Dass trotz ihrer zeitweiligen Bedeutung so wenig über libertäre Kommunist:innen im historischen Gedächtnis geblieben ist, selbst innerhalb der radikalen Linken, kann als Siegergeschichte des Parteimarxismus in der eigenen Niederlage verstanden werden. Trotz im gewissen Maße unterschiedlicher Auffassung über inhaltliche und strategische Fragen, verstehen wir uns als Teil ebenjener Strömung und verwenden als Selbstbeschreibung zunehmend das Wort antiautoritär-kommunistisch. Damit sind wir aktuell nicht die einzigen, und beobachten, dass diese Selbstbezeichnung mit dem verstärkten Aufkommen sogenannter autoritärer Linker und deren Attraktivität scheinbar zunimmt. Der Begriff autoritäre Linke bezieht sich auf keine einheitliche Gruppe, sondern ist eine Sammelbezeichnung für Gruppen oder Individuen, die sich auf die verschiedenen Spielarten des Marxismus-Leninismus beziehen. Der Vorwurf ihres Autoritarismus **(a)**[1] bezieht sich unter anderem auf ihren dogmatischen Wahrheits- und Erkenntnisanspruch, der allein aus ihrer Organisation oder Partei gewonnen wird, ihre avantgardistische Organisationsform, ihren instrumentellen Umgang untereinander sowie mit anderen Gruppen und schließlich auf das Ziel eines Staatssozialismus. Die Selbstbezeichnung antiautoritär-kommunistisch fungiert nun einerseits als identitärer Marker um nicht mit orthodoxen Marxist:innen (oder eben autoritären Linken) in einen Topf geworfen zu werfen, selten aber wird inhaltlich ausformuliert, was das überhaupt heißen soll. Das haben auch wir bisher verpasst. Und auch das … ums Ganze! Bündnis, in dem wir organisiert sind, hat sich damit historisch bedeckt gehalten. Trotzdem begrüßen wir diesen Trend sich selbst so zu bezeichnen, weil sich darin die Möglichkeit eröffnet über die eigenen Ziele, die Art der Organisierung und den (Anti-) Politikstil wieder breiter zu diskutieren.

II Short History

Genauso wie die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Gewordenheit begriffen werden müssen, ist auch die Entwicklung der radikalen Linken und die eigene politische Verortung darin nicht im luftleeren Raum entstanden, auch wenn es einem manchmal so erscheint. Häufig greift man als Gruppe oder Individuum unbewusst auf Vergangenes zurück. Wir schlagen eine bewusste Auseinandersetzung mit theoretischen Positionen vergangener Zeit vor sowie eine Vergegenwärtigung, aus welchen spezifischen inhaltlichen und organisatonialen Zusammenhängen die radikale Linke als auch die eigene Gruppe entstanden ist. Wir sind als antinationale Gruppe ein (Spaltungs-)Produkt der Debatten der 1990er und frühen 2000er Jahre über die Wiedervereinigung, den grassierenden Nationalismus, dessen spezifisch deutsche Ausprägung **(b)** sowie die richtige Analyse des Kapitalismus. Auf praktischer Ebene sind wir aus der Ablösung klassisch autonomer Politik der 1980er und 1990er Jahre hervorgegangen: als sogenannte Postautonome, die den Problemen von personeller Fluktuation, Isolation und (vermeintlicher) Theorielosigkeit eine organisierte Struktur entgegensetzen wollten. Selbst wenn eine Gruppe keine konkrete 20-jährige Geschichte hat wie wir, die inhaltliche und praktische Ausrichtung eines jeden politischen Zusammenhangs hat auf jeden Fall Geschichte. Sich dessen bewusst zu werden, heißt auch, eine Gruppe aktiv zu gestalten. Wir halten diese Auseinandersetzung für dringend notwendig, um Fehler nicht zu wiederholen. Das Politikverständnis autoritärer Linker ist dabei eine solche Wiederholung und lässt sich als ein Reenactment begreifen: Über eine Partei oder Organisation soll die politische Macht erobert werden, um einen Staatssozialismus zu etablieren. Das halten wir schon mal für wenig originell und phantasielos. Diese Idee ist zudem alles andere als neu – ebenso wenig wie die Kritik daran – und historisch krachend gescheitert. Der um Versatzstücke, wie feministische Themen oder queere Fragen ergänzte Marxismus- Leninismus (die instrumentell der Mitgliedergewinnung dienen), kann sein Scheitern nur auf einen ewigen Kreislauf des Revisionismus zurückführen (Abweichung von der reinen Lehre) oder auf Einflüsse von außen schieben, das Theoriegebäude als solches, kann und darf nicht in Frage ge-

1 Hinter den Buchstaben in Klammern (a) (b) (c) usw. finden sich unter dem Text Literaturhinweise zum Weiterlesen, keine Quellen im akademischen Sinne.

stellt werden. Kommunistische Kritik am orthodoxen (Partei-)Marxismus reicht in Deutschland schon lange zurück. Diese geschah gerade nicht in antikommunistischer Absicht, sondern im Lichte dessen, dass der traditionelle Marxismus das Versprechen nach einer befreiten Gesellschaft eben nicht einlösen konnte und kann. Es gibt allerdings keinen einheitlichen theoretischen Kanon aller dissidenten Linksabweichler, die unter einem Begriff zusammengefasst werden könnten, was auf die Heterogenität dieser Strömung verweist. Folglich lässt sich diese Geschichte nur exemplarisch anreißen: Bereits vor mehr als 100 Jahren formulierten Rätekommunist:innen[2] die Losung: „Die soziale Revolution ist keine Parteisache!". Die Rätekommunist:innen – auch als Linkskommunist:innen bezeichnet – lehnten Parlamentarismus, die Betätigung in reformistischen Gewerkschaften sowie leninistische Organisationsformen entschieden ab. Sie kritisierten zudem die Stalinisierung der KPD und die Diktatur einer Partei. Stattdessen betonten sie das Konzept der Selbstorganisation in Räten **(c)**. Die Geschichte der (frühen) Kritischen Theorie ab 1923 lässt sich als theoretische Reflexion des Scheiterns der sozialen Revolution in Deutschland verstehen, dessen frühe Protagonisten entschiedene Gegner sowohl der Sozialdemokratie als auch des Bolschewismus in Russland waren, aber an der (pessimistischen) Möglichkeit der befreiten Gesellschaft als Kommunismus festhielten. Nach dem Nationalsozialismus war die Auseinandersetzung um Formen eines libertären Kommunismus innerhalb der Neuen Linken am größten. Undogmatische Zusammenhänge, wie Spontis oder Autonome (nicht zwangsläufig kommunistisch) kritisierten an den dogmatischen maoistischen K-Gruppen unter anderem ihr starres marxistisch-leninistisches Theoriegebäude, ihre hierarchische Organisationsstruktur und letztendlich ihre, trotz zahlenmäßiger Stärke, gesellschaftliche Bedeutungs- und politische Erfolgslosigkeit. In theoretischer Hinsicht entstand ab den 68ern die sogenannte Neue-Marx-Lektüre sowie später die Wertkritik, mit dem Anspruch in Abgrenzung zur Marx-Lesart des Marxismus-Leninismus das marxsche Werk neu zu lesen und zu reinterpretieren. Statt einer Befreiung der Arbeit vom Kapital und der Affirmation der Arbeiter:innenklasse, stand dort die Abschaffung der Arbeit und damit die Selbstabschaffung der Arbeiter:innenklasse im Vordergrund. Parallel dazu entstand in Italien der Operaismus, der die Selbstorganisation und den Kampf der Arbeiter:innen ohne Vermittlung und Repräsentation über eine Partei und Gewerkschaften zentral setzte. Organisational scheinen sich die jeweils hegemonialen Formen politischer Organisierung von dominant bewegungsorientiert hin zu dominant starr organisiert abzuwechseln: Auf die 68er folgten die K-Gruppen, auf die die Autonomen folgten, usw. Dieses Ping Pong gilt es zu durchbrechen. Die Wiederkehr des Marxismus-Leninismus reiht sich in diesen Zyklus ein. Kurz nach dem endgültigen Scheitern des Realsozialismus (im deutschen Kontext der DDR) um das Jahr 1990, konnte niemand glaubwürdig den Staatssozialismus verteidigen, mittlerweile scheint diese Einsicht wieder in Vergessenheit zu geraten, was zu einem Revival des Marxismus-Leninismus beiträgt.

III Staat oder Revolution

Eine Besonderheit, die sowohl uns als Gruppe als auch das kommunistische …ums Ganze! Bündnis auszeichnet, ist unsere grundsätzliche Kritik an der Form des Staates **(d)**. Diese richtet sich nicht nur gegen den bürgerlichen Staat wie etwa die Bundesrepublik, sondern ebenso gegen den Staat im Realsozialismus. Die verbreitete Annahme, nur Anarchist:innen hätten eine Kritik am Staat, ist falsch. Auch wenn staatskritische Kommunist:innen, gerade im internationalen Vergleich, eher die Ausnahme darstellen. Den bürgerlichen Staat betrachten wir als „Staat des Kapitals" und orientieren uns dabei an dem libertären Marxisten Johannes Agnoli **(e)**. Der Staat liegt nicht einfach in den Händen von Kapitalist:innen, wie es orthodoxe Marxist:innen häufig annehmen, er ist kein neutrales Instrument, zu dem sich nur die richtige Klasse einen Zugang verschaffen muss. Strukturell hat ein Staat keine andere Wahl, als in seinem Gebiet die funktionierende Verwertung von Kapital aufrechterhalten, tut er das nicht, gerät er in eine ökonomische Krise. Der Staat hat dazu allerdings eine relative Autonomie, einen Handlungsspielraum für Entscheidungen. Nicht hinter jedem Gesetz steht damit ein direktes Interesse des Kapitals. Beispielsweise kann innerhalb dieser relativen Autonomie mehr oder weniger Geld für Kultur oder Soziales ausgegeben werden, oder den Schutz von Wildbienen. Was es dazu braucht, sind aber finanzielle Mittel, die man aus Steuereinnahmen generiert, wofür aber die Wirtschaft und der eigene Standort potent sein müssen. Parteipolitisch ist dieser Zwang zur Kapitalakkumulation und damit der Wachstumszwang des Kapitalismus nicht hintergehbar, egal ob die CDU oder die Linkspartei regiert. An diesem grundsätzlichen Mechanismus ändert die Zunahme der Bedeutung von fiktivem Kapital für die Aufnahme von Krediten bisher nichts. Auf gesellschaftspolitischer Ebene sieht das hingegen gänzlich anderes aus. Liberale Demokratien können in autoritäre Staaten kippen und tun dies aktuell. Die Möglichkeitsfenster für radikale Gesellschaftskritik sind dort viel eingeschränkter, weshalb es unter allen Umständen gilt die AfD in Regierungsverantwortung zu verhindern. Auch wenn wir eine von der Linkspartei eingeführte Vermögenssteuer, einen höheren Mindestlohn, oder einen Mietendeckel natürlich nicht ablehnen: Grundsätzliches an der Einrichtung der Gesellschaft können linke Parteien in Regierungsverantwortung nicht ändern. Trotzdem sind wir nicht gegen Reformen, nur gegen Reformismus, der die Veränderung ums Ganze über die schrittweise Einführung von Reformen einzuführen glaubt. In realpolitischen Auseinandersetzungen finden wir Lohnkämpfe weniger spannend als solche, die in ihren Forderungen über das Bestehende hinausweisen. Das sind Kämpfe um den Gebrauchswert, beispielsweise in der Pflege oder Kämpfe um kürzere Arbeitszeit. Zusätzlich muss man sich aber die Frage stellen, inwiefern die auf Sozialpartnerschaft zugerichteten Gewerkschaften oder die Linkspartei radikale Teile der Gesellschaft integrieren, oder aber inwieweit sie den Handlungsspielraum für die radikale Linke erhöhen, etwa durch Geld oder die Eröffnung ihrer Büros für linke Gruppen. Wir sprechen in diesem Zusammenhang davon staatliche Institutionen instrumentell für die radikale Linke zu gebrauchen, anstatt konstruktiv in ihnen mitzumachen. Nicht im AStA zu sitzen, weil das ist irgendwie Staat, finden wir deshalb quatschig. Einen Fokus unserer politischen Praxis auf das Parlament als Ort gesellschaftlicher Veränderung haben wir daher aber bewusst nicht. Wir hüten uns davor, an den Staat zu appellieren. Unsere gemeinsame Kritik an der Linkspartei, an orthodoxen Marxist:innen oder dem Jacobin-Magazin richtet sich genau gegen diesen Fokus auf die politische Sphäre. In diesem Sinne sind wir antipolitisch.

IV Realsozialismus und Nation

Die Kritik am Realsozialismus füllt ganze Bücherreihen **(f)**. Wir kritisieren am Marxismus- Leninismus, der über eine Organisation, häufig eine Partei die Staatsmacht erlangen will, um dann im Besitz der politischen Macht einen Sozialismus von oben einführen zu wollen eines grundlegend: Sie ist und war keine soziale Revolution, sondern ein politischer Machtwechsel. Herrschaft blieb in Form einer Funktionselite bestehen, Arbeiter:innen blieben Arbeiter:innen, die Sphärentrennung von Politik und Ökonomie wurde nicht aufgebrochen, sondern beibehalten. Das Absterben des Staates hat sich nach seiner Eroberung nie erfüllt, im Gegenteil: Die reale Gefahr, das dissidente Kommunist:innen, die nicht der Parteilinie folgen, als politische Geg-

2 Die Blütephase hatten die Rätekommunist:innen nach dem 1. WK, bekanntester Vertreter war Anton Pannekoek.

ner:innen betrachtet und kaltgestellt werden, ist groß und war tausendfach real. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen realsozialistischen Projekten, die sich in ein Gewaltregime entwickelte Sowjetunion unterschied sich vom jugoslawischen Projekt. Eine soziale Revolution stellte aber keines von beiden dar. Es gilt dennoch den Realsozialismus als linken Versuch ernst zu nehmen. Daher halten wir auch am Begriff des Kommunismus fest, um uns nicht von der Kritik an den Verbrechen, die in diesem Namen stattgefunden haben zu entledigen, und an das Versprechen nach einer befreiten Gesellschaft für alle zu erinnern, für dass das kommunistische Projekt einmal angetreten ist. Ein weiteres Merkmal unseres Zusammenhangs ist deshalb auch eine konsequente Nationalismuskritik. Wir sagen: Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht. Dies gilt insbesondere für Deutschland. Aber wir fühlen uns keinem Volk verpflichtet, und denken deshalb auch nicht in den Kategorien von Völkern, die es wahlweise zu verteidigen oder zu befreien gilt. Jede:r Nationalstaat ist eine Zwangsgemeinschaft und erzeugt durch seine Inklusions- und Exklusionsmechanismen der Zugehörigkeit Rassismus und Antisemitismus. Rassismus in Form der Abwertung „der Fremden", die nicht dazugehören sollen und Antisemitismus in Form „der Anderen", der übermächtig imaginierten Juden und Jüdinnen, die das eigene Volk zersetzen würden. Wir verstehen uns deshalb im Wortsinn als antinational. Wir halten nichts von einem nationalen Sozialismus, der das eigene Volk vereint, unser Fluchtpunkt ist ein globaler, kein nationaler. Uns erschrickt die zunehmende Salonfähigkeit von linkem Nationalismus.

V Marx und Feminismus

Eine Kritik am Staat und am Realsozialismus teilen auch Anarchist:innen, kann man zurecht einwerfen. Für uns ist die Bedeutung die wir der marx'schen Analyse des Kapitals zu schreiben, nach wie vor zentral. Dieser theoretische Bezug unterscheidet uns häufig von Anarchist:innen. Damit betreiben wir aber keinen Personenkult, Marx ist für uns kein Heiliger. Die marx'sche Analyse des Kapitals bietet aber immer noch schlicht die beste Grundlage die Dynamik des Kapitalismus zu verstehen und zu kritisieren. Feministischer Kritik ist es zu verdanken, dass die Leerstelle um Reproduktionsarbeit in Marx-Werk theoretisch aufgearbeitet wurde. Wir vertreten einen materialistischen Feminismus, der die durch den Kapitalismus produzierte Sphärentrennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit kritisiert. Wir distanzieren uns von einem postmodernen Feminismus, der Identitäten verstätigen will, anstatt sie abschaffen zu wollen und gleichzeitig von einem ökonomisch-reduktionistischen Feminismus, der die Psyche sowie Subjektkonstitution, also die Verinnerlichung von Herrschaftsverhältnissen, nicht fassen kann, dafür braucht es die Psychoanalyse. Aus dieser Auffassung haben wir eine dezidierte Kritik der Männlichkeit, die Männlichkeit überwinden, und nicht kritisch wenden will, und eine Kritik an binären Geschlechtsauffassungen. All dies lässt sich allein mit Marx nicht fassen, ohne eine Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, also ohne Marx, allerdings auch nicht. Wir verstehen die Gesellschaft deshalb nicht rein ökonomisch, politische Ideen und Ideologie konstituieren sie mit. Die kapitalistischen Verhältnisse begreifen wir aber als Totalität, es gibt kein außerhalb kapitalistischer Verhältnisse. Eine Alternative muss deshalb notwendigerweise umfassend ökonomisch und politisch sein: ein ganz anderes Ganzes eben.

VI Negation oder Utopie?

Womit wir zum Knackpunkt des Textes kommen. Beim Theoretisieren des ganz anderen Ganzen hat sich bei den vom Marxismus-Leninismus distanzierenden Gruppen die Haltung eingebürgert, den gesellschaftlichen Verhältnissen vornehmlich in Form von (bestimmter) Negation, das heißt durch Kritik an den uneingelösten Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft, zu begegnen. Dies gilt insbesondere für Zusammenhänge, die von der frühen Kritischen Theorie beeinflusst sind, weniger für operaistische. Sie begründen dies aus erkenntnis- und autoritätskritischen Einwänden kein ausbuchstabiertes Bild einer befreiten Gesellschaft ausformulieren zu können (sog. Bilderverbot). Wie soll eine kleine Gruppe sich anmaßen, eine Gesellschaft für Milliarden Menschen zu entwerfen, und dabei nicht den Projektionen zu unterliegen, dass unser Denken in den gegebenen Verhältnissen bestimmt? Wir erkennen diese Einwände an, und wollen auch keine ausbuchstabierte Idealgesellschaft am Reißbrett entwerfen. Wir glauben aber, dass das nur die halbe Wahrheit ist. Eine vernünftige Kritik an den Verhältnissen ist nach wie vor notwendig und unerlässlich. Phrasenhaft auf „für den Kommunismus" zu verweisen, in der Hoffnung das der Begriff schon in der Zukunft mit Inhalt gefüllt wird, reicht uns aber nicht mehr. Mittlerweile vertreten wir die Position uns über grundlegende Ansprüche einer kommunistischen Re/Produktionsweise und den Bedingungen ihrer Möglichkeit, auf Basis der Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, unterhalten zu müssen. Negation bleibt dabei aber die Basis. Formuliert man keine Utopie, ist man schlicht strukturell im Nachteil zu denjenigen, die sowohl eine klar umrissene Zielvorstellung als auch einen Weg dorthin meinen anbieten zu können. Um konkreter zu werden: Mit Kommunismus bezeichnen wir das Ziel einer vernünftig eingerichteten, Staaten – und klassenlosen Weltgesellschaft. Das umfasst insbesondere eine umfassende gesellschaftliche Selbstorganisation aller relevanten Lebensbereiche, insbesondere die der sozialen Reproduktion. Die politische Ausgestaltung dessen und die Suche nach einer neuen gesellschaftlichen Vermittlungsform muss aber eine möglichst breit geführte gesellschaftliche Aushandlungssache bleiben. „Die endlich entdeckte politische Form", wie Marx in Bezug auf die Pariser Commune mal meinte **(g)** wurde eben doch noch nicht erfunden. Sie muss in Praxis gemacht und schon jetzt in Vorformen erprobt werden, anstatt dies auf nach der Revolution zu verschieben. Revolution ist in diesem Sinne eine Gleichzeitigkeit von Bruch und Transformation. Interessante historische Projekte waren die Versuche Räterepubliken zu errichten. Auch wenn wir denken, dass die Pariser Commune überhöht wird, stehen wir in dieser Tradition, und nicht in der, der UdSSR. Unser Polit-Café und Veranstaltungsformat heißt deshalb auch Café Commune und nicht Kommunisten-Kneipe (sic!). Und trotz viel berechtigter Kritik an der Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete in Rojava ist sie ein positives Beispiel jüngerer Vergangenheit. Wir denken zudem ist es deutlich einfacher und weniger gewaltvoll sich die Stätten sozialer Reproduktion (Krankenhäuser, Fabriken, Werkstätten etc.) als massenhafte Bewegung **(h)** anzueignen, um dann selbst darüber zu entscheiden, was benötigt wird und was nicht, als auf die Eroberung des Staates durch paramilitärische Bewaffnung zu zielen. Den Fokus auf diesen Bereich halten wir deshalb für wesentlich, weil die bewusste selbstorganisierte Sicherung der materiellen Reproduktion den Kapitalismus schlicht überflüssig machen könnte, wenn man für ebenjene nicht mehr auf den Warentausch angewiesen ist. Einen weiteren Anspruch an eine kommunistische Gesellschaft ist für uns die Bedeutung von Individualität und Differenz. Damit meinen wir nicht den Individualismus und die Vereinzelung des Individuums im Neoliberalismus, bei der jeder nach Selbstverwirklichung durch Arbeit trachtet, aber eben auch nicht darum im Kollektiv unter- bzw. aufzugehen. Vielmehr denken wir, muss eine Gesellschaft so eingerichtet sein, dass man in der Gruppe zum Individuum werden kann und halten dabei an dem Leitsatz „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" nach wie vor fest. Der Anspruch wäre eine größtmögliche Entfaltung menschlicher Individualität, im Sinne der freien Verwirklichung produktiver und sinnlicher Bedürfnisse, bei

größtmöglicher gegebener Sicherheit, im Sinne der bedingungslosen Teilhabe an gesellschaftlichem Reichtum. Sprich individuelle Freiheit und Freiwilligkeit durch Einbettung in solidarische Beziehungsweisen. Das ist etwas ganz anderes, als es der Realsozialismus geboten hat. Wir sagen, es ist einfach mehr drin, als irgendein Reload der DDR. Die Bedingungen dafür sind aber mindestens die Überwindung des Privateigentums und die Überwindung der kapitalistischen Form der Arbeit als Erwerbsarbeit (auch damit wurde im Realsozialismus nicht gebrochen) und davon abgespaltener vergeschlechtlicher Reproduktionsarbeit (und auch damit nur teilweise).

VII Subjektivierung und Organisierung

Diese Auffassung der Verhältnisse drückt auch darin aus, wie wir uns nach innen organisieren. Wir streben eine möglichst feministische und hierarchiekritische Organisierung an und wollen damit ernst nehmen, dass unsere Subjektivität und unsere Bedürfnisse von den kapitalistischen Verhältnissen geformt sind. Ideologisch sind dabei aber nicht zuerst die anderen, sondern alle die in diesen Verhältnissen leben. Ideologiekritik beginnt also nicht bei den anderen, sondern bei einem selbst. Damit soll auch sexueller Gewalt in den eigenen Reihen entgegengewirkt werden. Wir lehnen Führung und hierarchische Kader ab, ebenso die Vorstellung einer Organisation oder Partei, „die uns zum Sieg führt". Gesellschaftskritik muss aber organisiert werden damit sie handlungsfähig ist. Wir verständigen uns gemeinsam auf commitment und langfristige Betätigung, die möglichst nicht von eigener Familien- und Karriereplanung geschluckt wird. Das heißt aber nicht, dass wir uns einer revolutionären Disziplin unterwerfen, wir sind Fans von Subkultur und Ironie, um selbst nicht blöde zu werden, und uns zu vergegenwärtigen, dass wir das Prinzip der Lust und der Freude verallgemeinern und nicht abschaffen wollen. Wir sehen es dennoch als eine wichtige Aufgabe der radikalen Linken an eine Form antiautoritärer Organisation zu finden, die möglichst viele Menschen in verschiedenen Lebensphasen involvieren kann. Das Gegenteil von hierarchischen Kadern ist nicht Fluktuation oder Beliebigkeit, wir halten Bezeichnungen wie organisierte Kommunist:innen für denkbar. Wir glauben, dass autoritäre Linke die Frage nach Organisierung zwar fälschlicherweise als Primat setzen und darüber hinaus falsch beantworten, die Debatte um die Organisationsfrage aber wieder geführt und antiautoritär gewendet werden muss. Bestenfalls als vermittelnde Position in der Spannung zwischen Spontanität und Bewegung sowie handlungsfähiger Organisation auf der einen Seiten sowie der Reflexion eigener Subjektivierung nach Innen auf der anderen **(i)**. Gesellschaftsveränderung und Persönlichkeitsveränderung sollten gleichzeitig passieren, diese Zwickmühle bleibt aber die verflixte Aufgabe, dass man mit denen, die von der Gesellschaft hässlich gemacht worden sind, die Gesellschaft schöner machen soll, und man sich dafür paradoxerweise auch erst ein wenig in kollektiven Zusammenhängen/Erfahrungen oder Räumen von der eigenen Hässlichkeit befreien muss. Diese Problematisierung unterscheidet uns erheblich von autoritären Linken, die von Ideologiekritik am eigenen Leibe nichts wissen wollen. Gleichzeitig bietet das Ernstnehmen dieser die Gefahr, sich in einem ewigen Regress um sich selbstzudrehen. Wir versuchen falschen Tendenzen, manichäischen Weltbildern oder schwachsinnigen Analysen in der Linken entgegenzuwirken, unsere Stoßrichtung ist aber eine Kritik der Verhältnisse und nicht die Abarbeitung an anderen. Kritisieren wir andere Linke tun wir das nicht aus Zynismus, weil wir die Idee nach Gesellschaftsveränderung aufgegeben haben, sondern weil wir eine geile radikale Linke wollen. Um dem grassierenden Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus praktisch etwas entgegenzusetzen haben wir uns schon länger dazu entschieden wieder Antifa zu machen, um die prinzipielle Möglichkeit, dass alles ganz anders werden kann offen zu halten. Das heißt konkret: Wir beteiligen uns an antifaschistischen Kampagnen, organisieren Zug-Anreisen, und sind selbst auf der Straße präsent, wo es nötig ist und wieder wird. Antifa ist für uns deshalb keine Szene-Politik, sondern praktische Notwendigkeit. Wir versuchen in unserer Praxis Räume zu eröffnen, in denen sich Menschen dazu selbst organisieren können. Außerdem zielen wir auf Bewusstseinsarbeit unsere Maximalkritik gegenüber den Verhältnissen möglichst weit zu verbreiten. Uns ist erst mal zweitrangig, wo die Menschen organisiert sind, Hauptsache mit den richtigen Gedanken. Und da, wo wir es können, versuchen wir selbst politisch ein- und anzugreifen. ●

Redical M Juli 2026

Literatur zum Weiterlesen:

a) Thesen über autoritäre Linke (Basisgruppe Antifa)
b) Antideutsch, antinational, hegemonial... (associazione delle talpe)
c) Rätekommunismus (Felix Klopotek)
d) Staatsbroschüre (...umsGanze!)
e) Der Staat des Kapitals (Johannes Agnoli)
f) Gestern morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft (Bini Adamczak) g) Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte (Karl Marx)
h) Umrisse der Weltcommunne (Freundinnen und Freunde der klassenlosen Gesellschaft)
i) Für Hans-Jürgen-Krahl: Beiträge zu seinem antiautoritärem Marxismus (Gerber, Kapfinger, Volz)

https://redicalm.org/
@redical.m

https://www.umsganze.org/
@umsganze